



Antrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel, Martin Böhm, Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner** und **Fraktion (AfD)**

Ja zur Energiesouveränität, nein zu einem schmerzhaften Energieembargo!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag befürwortet das mittel- bis langfristige Ziel der Energiesouveränität Bayerns durch einen technologieoffenen Energiemix der Erzeugungsmethoden und eine Diversifizierung der Lieferländer von Energieimporten.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen gegen geplante und potenzielle Embargos auf russische Energieträger einzusetzen, wenn nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden kann, dass solche Embargos die Energieversorgungssicherheit Bayerns erheblich beeinträchtigen oder zu sozioökonomisch nicht vertretbaren Preissteigerungen für heimische Haushalte und Industrieunternehmen führen würden.

Begründung:

Die EU hat sich im Rahmen ihres 5. Sanktionspakets auf ein Embargo russischer Kohleimporte geeinigt. Es tritt im August 2022 in Kraft.¹ Im Rahmen ihres 6. Sanktionspakets, das bis Ende Mai 2022 beschlossen werden soll, könnte die Europäische Kommission ein Embargo für russische Öllieferungen verhängen. Auch ein mögliches Embargo russischer Gaslieferungen wird von Experten, Politikern und Journalisten diskutiert.

Bayerns Wirtschaft ist stark von russischen Energielieferungen abhängig. Im Jahr 2021 kamen 45 Prozent der bayerischen Öl- und Gasimporte (5,7 Mrd. Euro) und knapp die Hälfte der deutschen Kohleimporte aus Russland.² In Relation zum Gesamtverbrauch im Straßenverkehr machen Dieselmporte aus Russland fast 15 Prozent aus.³

Die schrittweise Erlangung der Energiesouveränität durch eine Diversifizierung des bayerischen Energiemix – sowohl nach Erzeugungsmethoden als auch nach Herkunftsländern – sollte unterstützt werden. Ein kurzfristiger Stopp der russischen Energielieferungen ist jedoch zu vermeiden, da dies erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die bayerische Wirtschaft hätte.

Die Industrie- und Handelskammer (IHK) München und Oberbayern warnt vor den Folgen eines Öl-Embargos gegen Russland. „Die Preiseffekte einer Angebotsverknappung an den Rohölmärkten in Folge eines Embargos würden die bayerische Wirtschaft und die Privathaushalte voll treffen“, heißt es von der IHK. Die derzeitigen Turbulenzen und

¹ European Commission (2022). Ukraine: EU agrees fifth package of restrictive measures against Russia. URL: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_22_2332

² Wehrmann P. (2022). Bayern gibt mehr für russisches Öl und Gas aus als jedes andere Bundesland. Augsburgs Allgemeine. URL: <https://www.augsburger-allgemeine.de/wirtschaft/krieg-in-der-ukraine-bayern-gibt-mehr-fuer-russisches-oel-und-gas-aus-als-jedes-andere-bundesland-id62028206.html>

³ Puls T. (2022). Ukraine-Krieg: Deutschlands Abhängigkeit vom russischen Diesel. IW Köln. URL: <https://www.iwkoeln.de/presse/iw-nachrichten/deutschlands-abhaengigkeit-vom-russischen-diesel.html>

Preisschübe auf den Energiemärkten wären erst „ein Vorbote der Verwerfungen“, die sich aus einem Embargo für russisches Erdöl ergeben würden.

Laut Bundesbank hätte ein Gasembargo erhebliche negative Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft: 2022 würde das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 5,1 Prozent sinken, 2023 um 3,5 und 2024 um 3,4 Prozent. Die Inflationsrate würde im Jahr 2022 um 160 Basispunkte, 2023 um 200 und 2024 um 90 Basispunkte steigen.⁴

Gemäß einer aktuellen Umfrage der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft müssten 22 Prozent der heimischen Betriebe bei einer kurzfristigen Nichtverfügbarkeit von Gas den Geschäftsbetrieb einstellen. Allein in Bayern wären Branchen mit mindestens 220.000 Beschäftigten direkt betroffen.⁵

Laut Michael Hüther, Präsident des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) Köln, käme die industrielle Produktion für 2,5 Jahre zum Erliegen.⁶ Infolgedessen könnte nach Einschätzung von Stefan Kooths, dem Präsidenten des Kiel Instituts für Weltwirtschaft (IfW Kiel), die Produktion des verarbeitenden Gewerbes um 50 Prozent zurückgehen, und der gesamte BIP-Verlust könnte sogar 17 Prozent erreichen.⁷

⁴ Deutsche Bundesbank (2022). Krieg gegen die Ukraine: Energieembargo könnte deutsche Wirtschaft deutlich schwächen. URL: <https://www.bundesbank.de/de/aufgaben/themen/krieg-gegen-die-ukraine-energieembargo-koennte-deutsche-wirtschaft-deutlich-schwaechen-889612>

⁵ Vbw (2022). Bei Gas-Boykott droht Rezession in Bayern und Deutschland. URL: <https://www.vbw-bayern.de/vbw/PresseCenter/Pressemitteilung-zur-Umfrage-zur-Erdgasversorgung.jsp>

⁶ Hüther M. (2022). Gasembargo: „Das bedeutet zweieinhalb Jahre Stillstand“. IW Köln: <https://www.iwkoeln.de/presse/interviews/michael-huether-das-bedeutet-zweieinhalb-jahre-stillstand.html>

⁷ Kooths S. et al. (2022). Joint Economic Forecast 1/22: From Pandemic to Energy Crisis: Economy and Politics under Permanent Stress. IfW Kiel. URL: <https://www.ifw-kiel.de/publications/joint-economic-forecast/joint-economic-forecast-122-from-pandemic-to-energy-crisis-economy-and-politics-under-permanent-stress-17213/>